

Dr. Karl-Heinz Lamberty

Vorsitzender FDP-Fraktion

Rede zur Verabschiedung des Haushalts des Rhein-Sieg-Kreises am 26.3.2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

in den vergangenen Jahren hat die FDP den Haushalt des Kreises mehrfach abgelehnt, weil nach unserer Auffassung nicht genügend gespart wurde, sowohl seitens des ehemaligen Landrats wie der anderen Fraktionen.

Wenn wir heute dem Haushalt zustimmen, tun wir das auf Grund neuer Fakten aber auch auf Grund gewisser Erwartungen für die nächsten Jahre.

Zunächst zu den Fakten:

Die zunächst vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage hat der Landrat sehr schnell vom Tisch genommen, nachdem alle 19 Städte und Gemeinden das Benehmen mit dem Kreishaushalt verweigert hatten. Die Erhöhung zu vermeiden fiel leicht, weil die Gewinne unserer Unternehmen recht üppig ausfallen. Richtig gespart wurde nur in Ansätzen. Immerhin sinkt die Kreisumlage in den nächsten Jahren, was auch dringend erforderlich ist, wenn man sich die finanzielle Lage der Kommunen betrachtet. Der Protest der Siegburger gegen die massive Erhöhung der Grundsteuer sollte uns als Kreistag nicht nur zu denken geben, sondern zu engagiertem Sparen veranlassen. Es ist nämlich nur die Spitze des Eisberges. In vielen anderen Kommunen sieht es ähnlich aus.

Immer wieder behauptet die Verwaltung, unsere Kreisumlage sei die niedrigste weit und breit. Dies ist so nicht richtig und das habe ich an dieser Stelle schon mehrfach gesagt. Man kann Kreisumlagen nicht miteinander vergleichen, wenn man sich nicht auch die damit verbundenen Leistungen der Kreise anschaut und die sind sehr unterschiedlich. Daher ist diese Aussage der Verwaltung eine Irreführung der Öffentlichkeit. Die Bürgermeister glauben das sowieso nicht.

Zu unseren Erwartungen:

Ich begrüße, dass der Arbeitskreis Konsolidierung seine Arbeit wieder aufnimmt. Auch wenn der Antrag dazu von CDU, SPD und Grünen gestellt wurde, erlaube ich mir den dezenten Hinweis, dass der Arbeitskreis in der letzten Wahlperiode auf Anregung der FDP eingesetzt wurde.

Wir erwarten, dass die Organisationsuntersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt uns wichtige Anregungen für eine Reduzierung der Aufgaben und eine damit verbundene Reduzierung des Personals geben wird. Die Untersuchung des Planungsamts aus 2013 gibt da Hoffnung. Ich glaube, dass wir in Zukunft eine flachere Hierarchie brauchen: Weniger Häuptlinge aber genug Indianer für die laufenden Aufgaben.

Apropos Aufgaben: Vielleicht bestätigt uns die GPA auch, wie überflüssig das Kommunale Integrationszentrum ist, das gegen das Votum von 16 von 19 Bürgermeistern eingeführt wurde.

Wir wollen den Personaletat deckeln, um den Druck zu erhöhen, neue Aufgaben mit dem vorhandenen Personal zu erfüllen. Dem Landrat steht es dann frei, wie er seine Mitarbeiter einsetzt.

Wir sind der Auffassung, dass ein verwaltungsinternes Vorschlagswesen wichtig ist und bedauern, dass die anderen Fraktionen und die Verwaltung das nur zurückhaltend verfolgen.

Wir haben vorgeschlagen, die freiwilligen Leistungen einzufrieren. Vorbild ist die Regelung für die HSK-Gemeinden. Die dürfen nämlich keine neuen freiwilligen Leistungen veranschlagen, wenn sie nicht an anderer Stelle solche einsparen. Das sollten wir auch auf Kreisebene tun. Es ist ein Gebot der Fairness gegenüber den klammen Kommunen. Das wäre auch eine klare Botschaft an alle die, die uns bei jeder Haushaltsberatung mit teuren Anträgen beglücken ohne zu fragen, wer das bezahlt.

Der Bund hat kürzlich bemerkenswerte Beschlüsse zur Unterstützung der armen Kommunen beschlossen. Ich habe als Freier Demokrat kein Problem damit, diese Unterstützung durch die große Koalition in Berlin ausdrücklich anzuerkennen. Da das Geld bekanntlich über die Länder an die Kommunen weiter geleitet werden muss, hoffe ich nur, dass davon nichts an den klebrigen Fingern der rot-grünen Landesregierung hängenbleibt. Überhaupt sollte sich Düsseldorf ein Beispiel am Bund nehmen. Die rot-grüne Landesregierung trickst nach allen Regeln der Kunst, wenn es darum geht, der Öffentlichkeit eine angebliche großzügige Finanzierung der Kommunen zu verkaufen, in Wirklichkeit aber die Kommunen ständig im Regen stehen lässt.

Das Konnexitätsprinzip wird immer wieder unterlaufen oder gar nicht erst umgesetzt. Ein Beispiel: In der Swisttaler Sekundarschule wird ein Behindertenaufzug für € 60.000 eingebaut. Das Land stellt aber für die Inklusion nur € 19.000 bereit.

In den nächsten Jahren müssen wir nicht nur aus Rücksicht auf unsere Kommunen weiter konsolidieren, wir müssen dies auch tun, um Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur bereitzustellen. Ich nenne nur die Breitbandversorgung und die Straßensanierung. Auf die Brandschutzsanierung des Kreishauses will lieber nicht eingehen. Letztlich dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Rücklagen weiter wegschmelzen, damit wir nicht eines Tages in die Verlegenheit kommen, unseren Kommunen eine Sonderumlage abzuverlangen.

Abschließend danke ich der Verwaltung für die Erarbeitung des Haushaltsplans. Insbesondere bedanke ich mich bei Frau Udelhoven, denn die FDP-Fraktion hat sie it vielen Fragen traktiert. Und sie hat auch alle beantwortet.

Ich danke auch allen Kolleginnen und Kollegen für die Arbeit und Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.